

Der Versuch, einen Arbeitsplatz zu schaffen im Bereich Umweltsicherung

1979 mit dem Studium angefangen, 1983 nach dem ersten Abschluß aufgehört, seit 1 1/2 Jahren eine ABM-Stelle Schulgartenbetreuung in Kassel.

Ich will über den Versuch erzählen, einen Arbeitsplatz als Angestellte aufzubauen.

Im Studium und in den Praktikas habe ich größtenteils in selbstinitiierten Projekten gearbeitet.

Ich entschloß mich aus mehreren Gründen, bereits mit dem 1. Diplom aufzuhören:

- erstens wollte ich versuchen, durch einen Dauerarbeitsplatz und den damit verbundenen Mutterschaftsurlaub und Wiedereinstellungsgarantie, auch mit einem - von mir gewünschtem - Kind, finanziell unabhängig zu sein.
- zweitens hatte ich die Hochschule satt, da ich noch immer nicht über die von mir hochgeschätzten Grundlagenkenntnisse verfügte, dafür aber von den Fachbereichsdiskussionen das Gefühl hatte, daß sie sich auf der Stelle bewegten.
- drittens ging ich fest davon aus, daß ich keine Stelle bekommen würde, wenn ich mir nicht selbst eine schuf.

Dazu schien mir die Gelegenheit günstig:

Mein letztes Studienprojekt "Selbstbestimmte menschliche Produktion und Reproduktion im Kontext unterschiedlicher Stadt-Land-Beziehungen" war mit praktischen Arbeiten verbunden gewesen, u.a. einer Schulhofumgestaltung und einer Schulgartenanlage. Ich schrieb meine Diplomarbeit über Schulgärten bereits mit der Absicht, auf dem Gebiet zu arbeiten. Es stellte sich heraus, daß noch ein anderes Projektmitglied weiter mit Schulgärten gearbeitet hatte, und so taten

wir uns - anfangs auch um der Konkurrenz vorzubeugen - zusammen und begannen, zwei ABM-Stellen zu initiieren.

Hierbei war uns klar, daß das Tätigkeitsfeld nur zum Teil aus planerischen, zum Teil aber auch aus pädagogischen und praktischen Arbeiten bestehen würde. (Im späteren Verlauf unserer Tätigkeit sollte dann noch ein hohes Maß an organisatorisch-konzeptioneller Arbeit hinzukommen. Für diese Berufsbild-übergreifenden Arbeiten waren wir nur unzureichend ausgebildet und sind uns bis heute unsicher, inwieweit unsere Tätigkeiten als berufsqualifizierend anerkannt werden.)

Zu Beginn ehrenamtlich - nebenbei arbeitete ich in einer Gärtnerei - dann mit Honorarverträgen, betreuten wir den im Projekt begonnenen Schulgarten weiter. Gleichzeitig riefen wir einen Arbeitskreis von an Schulgärten interessierten Lehrern ins Leben. Der Arbeitskreis äußerte Interesse an einer hauptamtlichen Schulgartenbetreuung. Wir formulierten dafür eine Arbeitsplatzbeschreibung und diese wurde von 10 oder 12 Kasseler Schulen als Forderung an die Stadt geschickt. Dort geschah ein dreiviertel Jahr gar nichts, was uns ziemlich an die Nieren ging. Das städtische Schulamt ist eines von den Ämtern, wo die Welt nur in Ordnung ist, wenn alles auf bekannten Gleisen verläuft (arrogant und inkompetent). Vorgeschoben wurde das Nichteinverständnis des Personalrates. Schließlich beantragte das Staatliche Schulamt, zuständig für's Lehrpersonal, 2 ABM-Stellen und das klappte im August 1985.

Unsere Tätigkeit besteht u.a. aus:

- Mitarbeit bei der Konzeption, Planung und Gestaltung von Schulgärten
- Vermittlung zwischen Schulen und Behörden (z.B. Gartenamt), Verbänden (z.B. Naturschutzverbände) u.a. Einrichtungen (z.B. Produzenten-Verbraucher-Initiativen)
- Organisation der gärtnerischen Anlage- und Pflegearbeiten in einer für den Unterricht verwertbaren Weise
- Beschaffung von Geldern, Leihmaterialien, zentrale Fachbibliothek
- Gartenbetreuung in den Ferien

Schwerpunkte legen wir dabei auf:

- einen demokratischen, möglichst offenen, wenig reglementierten Planungsprozeß auf mehreren Ebenen

- auf ein Naturschutzverständnis, welches langfristig auf eine Änderung der Landnutzungsformen bzw. einen wirtschaftlichen Strukturwandel hinausläuft.
- auf die politische Dimension auch des persönlichen Verhaltens, z.B. Produktionsbeeinflussung durch Verbraucherverhalten.
- auf Beiträge von Kindern zu gesellschaftlichen Aufgaben, die auch als solches akzeptiert und nicht nur pädagogisiert werden.

D.h. nicht, daß unsere Vorstellungen auch die tatsächlichen Arbeitsschwerpunkte im Schulgarten bilden, denn oft stellen sich Lehrer das anders vor. Da die Gärten aber zu den Schulen gehören, entscheiden wir das Spannungsfeld zwischen Nutzerbezogenheit und Planersicht dahingehend, daß wir zwar aus unserer Sicht argumentieren, aber letzten Endes uns dann doch bemühen, den Lehrern zur Realisierung ihrer Vorstellungen zu verhelfen.

Am Anfang unserer AB-Maßnahme gingen wir davon aus, daß es grundsätzlich möglich ist, einen Arbeitsplatz zu schaffen. Ich selbst organisierte mich an der Entstehung der Schulgärten bzw. Schulbiologendiensten in den Niederlanden: Es beginnt mit ehrenamtlicher Arbeit, die sich unentbehrlich macht. Durch sehr viel Öffentlichkeitsarbeit und den demokratischen Charakter wird eine breite Unterstützung erzielt, es wird ein Verein gegründet, dessen weitere Arbeit ebensoviel Anklang findet wie sie Anstoß erregt; auf öffentlicher Seite entsteht das Interesse, diese Sache kommunal zu vereinnahmen und dafür auch die Institutionalisierungskosten zu bezahlen.

Es klingt vielleicht nach einer Überschätzung der Möglichkeiten, soviel Unterstützung bekommen zu wollen für Schulgärten und Umwelterziehung, einen Bereich, der ja nicht direkt an Bedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung anschließt. Aber der allgemeine Aufwind für Umwelterziehung in Hessen und der BRD versprach große Hilfe. Je mehr Umweltkatastrophen bekannt werden, desto größer wird auch das offizielle Interesse an Umwelterziehung und zwar keineswegs nur von den Grünen, denn Umwelterziehung bietet den Vorteil, daß man sich nicht augenblicklich mit dem Zerstörungspotential befassen muß und damit auf Gegner stößt, - aber trotzdem etwas tut.

Anfang letzten Jahres luden wir auf der Suche nach Verbündeten die anderen, in der Umwelterziehung für Schulen tätigen Einrichtungen, zu gemeinsamen Gesprächen ein. Das waren die Biologische Station im ehemaligen Botanischen Garten (die ein Lieferprogramm für den Biologieunterricht organisieren), das Freilandlabor Dönche (von einem Biologieprofessor betreutes Gelände mit Untersuchungsmöglichkeiten für Schüler) und der museumspädagogische Dienst des Naturkundemuseums. Außerdem relativ zufällig ein paar Leute, bei denen wir Interesse und Einfluß vermuteten, u.a. den Geschäftsführer des Naturschutzringes Nordhessen und gleichzeitigen Vorsitzenden im Förderverein Botanischer Garten. Der Kreis bestand damit aus vier ABM-Leuten und ein paar anderen, die erstens nicht beruflich abhängig vom weiteren Verlauf waren und zweitens über einen viel größeren Einflußbereich verfügten als wir. Diese fühlten sich dann auch an unsere in den gemeinsamen Treffen gemachten Absprachen nicht gebunden. Denn als die vier Einrichtungen sich untereinander auf eine Aufteilung im Sinne einer ergänzenden Vernetzung der Angebote zu einem Konzept geeinigt hatten, nahmen sie uns dieses Konzept aus der Hand, deformierten es entsprechend ihren Interessen und schlossen uns vom weiteren Verlauf unter der Angabe von formalen Gründen aus.

Während wir die Gründung eines Vereins "Pädagogisch-Ökologisches Zentrum" geplant hatten, zu dessen tatsächlicher Gründung wir uns bemüht hätten, sowohl alle Kontaktschulen als auch in der Richtung interessierte Vereine und Einzelpersonen aus Kassel hinzuzuziehen, diente dieses Konzept jetzt dem Förderverein bot. Garten zur Ausweitung seines Images. Vereinsintern - wir waren keine Vereinsmitglieder - wurde eine Satzungsänderung beschlossen, der Verein nannte sich zum Förderverein Schulbiologiezentrum und Botanischer Garten um, ohne damit einen größeren Kreis interessierter und betroffener Personen mit einzubeziehen. Der Verein ging ohne Rücksprache mit den initiiierenden Gruppen an die Öffentlichkeit und an die Stadt Kassel.

Uns hat diese Enteignung unserer Ideen und Arbeitsergebnisse so entmutigt, daß wir auch nichts mehr unternommen haben, um die Basis in unserem Sinne zu verbreitern.

Auf der städtischen Ebene tat sich nun folgendes: Die Oppositionsparteien machten sich für diesen Initiativenverbund stark, die Stadtverordnetenversammlung forderte den Magistrat auf, ein Konzept zum Schulbiologiezentrum vorzulegen, das städtische Schulamt lud daraufhin alle Beteiligten, also auch die ABM-Leute, zur Abstimmung der Vorstellungen ein. Wir einigten uns nochmals mit denselben Leuten auf ein gemeinsames Konzept. Meinungsverschiedenheiten bestanden über die ausschließliche Ausrichtung auf Schulen, über die ausschließliche Ausrichtung auf Biologie und über die grundsätzliche Art von Problemlösungsversuchen.

Das Konzept enthielt Ziele, Tätigkeitsbeschreibungen und eine Sachkostenverpflichtung der Stadt, allerdings ohne eine Summe zu nennen. Außerdem enthielt es Personalforderungen ans Land, wobei die ABM-Leute namentlich genannt wurden.

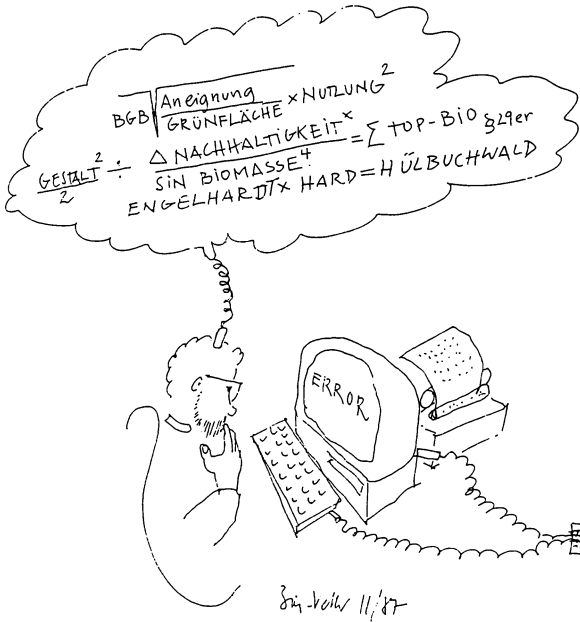
Seitdem wird es in den städtischen Gremien hin- und hergeschoben, der Magistrat hat im Dezember beschlossen, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen und entschieden, daß erst Landes- und Bundeszuschüsse zu beantragen und zu sichern seien, bevor das Konzept der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird.

Unserer Ansicht nach kann es sich jetzt noch um Jahre oder Jahrzehnte handeln und wir sind gefrustet.

Zwischendurch tauchte noch mal ein Lichtstreifen am Horizont auf: das Umweltministerium will die Einrichtung von regionalen Naturschutz-Informationsstationen finanzieren, eine davon in Nordhessen. Mit Joschka Fischer's Grundsatzreferat vom Hessischen Naturschutztag im Ohr, wäñnten wir uns da in inhaltlicher Nähe, doch weit gefehlt: Diese Zentren sollen, in Naturparks liegend, einer möglichst großen Anzahl von Spaziergängern die Möglichkeit bieten, sich mittels Ausstellungen und Medien über die Eigenart des Naturraumes vor Ort zu informieren. Auf Initiative des dortigen SPD-Landtagsabgeordneten wurde für Nordhessen der Dörnberg ausgewählt, weil - so die offizielle Begründung - Biotop, Besucher und Autobahnanschluß dort bereits vorhanden sind. Es bestand keine Chance, daß unser Konzept bei der Einrichtung von Naturschutz-Informationsstationen berücksichtigt würde.

Wahrscheinlich wird langfristig in Kassel wirklich ein Schulbiologiezentrum entstehen, welches von dafür freigestellten Lehrern betreut wird und sich auf die Inhalte der Biologie beschränkt.

Unserer Ansicht nach haben die unterschiedlichen Ansätze, zum einen der phänomenologisch-analytisch, naturwissenschaftliche Ansatz der Biologen, zum anderen der gesellschaftsbezogene Ansatz von uns Landschaftsplanern zu einer Konkurrenzsituation geführt, die damit entschieden wäre.



VERWECHSLUNG DER SOFTWARE
 IST AUCH MIT NEUEREM EQUIPMENT
 NICHT ZU VERARBEITEN

Aspekte der Diskussion

Karl Heinrich Hülbusch stellte die These auf, in diesem Falle hätte der Fachbereich 13 für seine Absolventinnen und Absolventen Partei ergreifen und eine offensive Position beziehen müssen. Denn Landschaftsplaner hätten sonst - im Gegensatz zu den Lehrern mit ihrem Schulamt, der GEW und sonst noch wem im Rücken - keine Chance der Durchsetzung.

Sofern es überhaupt noch eine Chance gebe, den Ansatz der Landschaftsplaner gegenüber den Biologielehrer-Interessen zu unterstützen, sollte der Fachbereich dies tun. Im Plenum wird daraufhin beschlossen, einen Brief an die HNA zu schreiben, um die Idee des pädagogisch-ökologischen Zentrums zu unterstützen.

Karl Heinrich Hülbusch wird beauftragt, einen solchen Brief zu formulieren und im Namen des Plenums abzusenden.